

Die Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten vor den Bundestagswahlen von 1961 bis 2013: Stabilität der Konfliktstruktur bei wechselnder Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten

Pappi, Franz Urban; Kurella, Anna-Sophie; Bräuninger, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pappi, F. U., Kurella, A.-S., & Bräuninger, T. (2018). Die Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten vor den Bundestagswahlen von 1961 bis 2013: Stabilität der Konfliktstruktur bei wechselnder Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 60, 20-28. <https://doi.org/10.15464/isi.60.2018.20-28>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Wolf, C. (1996). „Konfessionelle versus religiöse Konfliktlinie in der deutschen Wählerschaft“; *Politische Vierteljahresschrift* 37(4), 713-734.

1 Die Autoren danken PD Dr. Simon Franzmann für wertvolle Hinweise zum Manuskript.

2 Aufgrund des geringen Anteils der Katholiken in Ostdeutschland haben wir auf die Auswertung verzichtet.

Pascal Siegers
Pascal.Siegers@gesis.org

Christina Eder
christina.eder@gesis.org

doi: 10.15464/isi.60.2018.13-20

Die Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten vor den Bundestagswahlen von 1961 bis 2013

Stabilität der Konfliktstruktur bei wechselnder Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten

Die Forschungsgruppe Wahlen erhebt unter dem Markenzeichen Politbarometer seit 1977 politische Einstellungen, darunter die Einstufung von Parteien und Spitzenpolitikern mit Hilfe sogenannter Skalometerfragen: „Und was halten Sie – so ganz allgemein – von den politischen Parteien? Sagen Sie es bitte anhand dieser Skala. +5 heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. -5 heißt, dass Sie überhaupt nichts von ihr halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen“. Wir nehmen an, dass diese allgemeinen Wählerurteile über Politiker und Parteien sowohl vom Ansehen des Beurteilungsobjekts in der Öffentlichkeit als auch vom eigenen Standpunkt des Beurteilers abhängen. Je linker oder rechter man selbst eingestellt ist, desto positiver oder negativer wird man Parteien/Politiker der verschiedenen Lager beurteilen. Diese „ideologische Nähe“-Logik des Urteils wird ergänzt um eine „mehr ist besser“-Logik, in der sich ein gewisser Konsens der Befragten darüber ausdrückt, wie kompetent eine Partei oder ein Politiker ist. Wir werden diese beiden Aspekte des Urteils mit Hilfe einer Bayesianischen Entfaltungsana-

lyse trennen. Als Hauptkriterium für die Nähelogik ergibt sich, wenig überraschend, die Links-Rechts-Position der Parteien und der Befragten. Diese Logik führt uns zur Grundstruktur des deutschen Parteienwettbewerbs zwischen einer konservativen, christdemokratischen Partei und einer linken, sozialdemokratischen Partei. Das übereinstimmende Urteil der Befragten über die Kompetenz, Regierungsfähigkeit oder politische Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten bezeichnen wir zusammenfassend als Valenzlogik. Dieses Urteil führt uns zu den Valenzwerten dieser Einstellungsobjekte. Sie unterscheiden sich stärker von Wahl zu Wahl und erweisen sich als das eigentlich dynamische Element in den Bundestagswahlen der letzten 50 Jahre.

Folgende Fragen werden wir beantworten:

1. Mit welchen Daten und welchem Messmodell kann man die Trennung von Nähe- und Valenz-Logik vornehmen und damit eine Langzeitanalyse der Bundestagswahlen durchführen?
2. Bleibt der Einfluss der ideologischen Nähe zu den Parteien und der

Valenzwerte auf die Wahlabsichten im Zeitverlauf vom Drei- über das Vier- bis zum west- und ostdeutschen Fünf-Parteiensystem genügend stabil, sodass ein Zeitvergleich der geschätzten Aggregatparameter gerechtfertigt ist?

3. Inwieweit ist die ideologische Konfliktstruktur zwischen den Parteien tatsächlich stabil geblieben und wie beeinflussen Distanz- und Valenzwerte der Parteien und der Kanzlerkandidaten die Wahlerfolge der Parteien? Antworten wird eine deskriptive Zeitreihenanalyse der Aggregatparameter für die Bundestagswahlen seit 1961 in Abschnitt 3 und die Voraussage der Wahlergebnisse mit unseren Parametern in Abschnitt 4 liefern.

Daten und Messmodell

40 Jahre Politbarometer sind eine lange Zeit. Da das Fragenprogramm Vorläufer in den deutschen Wahlstudien hat, können wir mit den Partei- und Politiker-Skalometern sogar bis 1961 zurückgehen. 1961 war die erste Bundestagswahl, bei der die Herausforderer-

partei einen eigenen Kanzlerkandidaten aufstellte.

An der Frageformulierung für die Parteien und Politiker hat sich bis heute wenig geändert. In der Vorwahlzeit sind unter den Politikern immer die Kanzlerkandidaten der Union und der SPD zu finden.¹ Die Politbarometer erheben die Einschätzung von CDU und CSU getrennt. In älteren Wahlstudien war es teilweise üblich, CDU/CSU als einheitliches Einstellungsobjekt beurteilen zu lassen. Da man die CSU außerhalb Bayerns nicht wählen kann, ersetzen wir für Bayern die Beurteilung der CDU durch die der CSU, so dass für Westdeutschland wieder ein Einstellungsobjekt entsteht.

Von 1961 bis 2013 fanden insgesamt 15 Bundestagswahlen statt, davon sieben seit der deutschen Wiedervereinigung. Da man nicht von vornherein davon ausgehen kann, dass ostdeutsche Wähler die ideologischen Positionen und Valenzen der Parteien genauso wie die Wählerschaft der alten Bundesländer einschätzen, teilen wir das Wahlgebiet ab 1990 in West- und Ostdeutschland auf. Das ergibt für die Analyse 22 Wahleinheiten. Für jede Wahleinheit wurde ein Vorwahldatensatz zusammengestellt, der bei den Wahlen vor 1980 aus einer oder zwei Vorwahlstudien und seither aus mehreren Politbarometern besteht (siehe Anhang). Kriterien für die Auswahl waren, dass die zwei Kanzlerkandidaten bereits nominiert sein mussten und dass der Wahlkampf öffentlichkeitswirksam begonnen hatte. Wir gehen dabei von einem Zeitraum von höchstens drei Monaten bis zum Wahltag aus. Die in diesen Zeitraum fallenden Politbarometer wurden kumuliert, der Prozess der Meinungsbildung und Mobilisierung im Laufe des Wahlkampfes interessieren hier nicht.

Wir führen Bayesianische Entfaltungsanalysen getrennt in den 22 Wahleinheiten durch. Dazu verwenden wir als Ausgangswerte die Skalometer der Parteien und der zwei Kanzlerkandidaten für die jeweilige Bundestagswahl. Von 1961 bis 1976 sind das die drei Parteien CDU/CSU, SPD und FDP. Ab 1980 nehmen wir die Grünen bzw. Bündnis 90/Die Grünen dazu und ab 1990 die PDS bzw. seit 2005 Die Linke.

Die Urteile über die fünf, sechs oder sieben Einstellungsobjekte j durch die Befragten i setzen sich nach dem von uns postulierten Messmodell aus zwei Komponenten zusammen:

1. aus dem aus der Nähelogik folgenden Urteil, das einen Befragten mit Einstellung ξ_i ihm nahestehende Einstellungsobjekte π_j positiver beurteilen lässt, als ihm fernstehende, so dass mit zunehmender Distanz $|\pi_j - \xi_i|$ die Beurteilung negativer ausfällt, und
2. aus der Valenzlogik, bei der sich die Befragten relativ enig sind, so dass nur eine Konstante α_j pro Einstellungsobjekt zu schätzen ist.

Wir haben die ursprünglichen Skalometerwerte auf 1 bis 11 umkodiert (z_{ij}), so dass die Schätzparameter für die Valenzen (α_j) auch in diesen Bereich fallen. Die Positionen der Parteien und Kanzlerkandidaten (π_j) und die Positionen der Befragten (ξ_i) auf der einen angenommenen Dimension nehmen positive oder negative Werte an, weil zur Identifizierbarkeit die Summe der π_j auf 0 fixiert ist. Die Schätzung erfolgt gleichzeitig für alle Einstellungsobjekte einer Wahl mit der Annahme eines systematischen Teils und eines Zufallsteils bei der Generierung der Ausgangsskalometer z_{ij} :

$$(1) z_{ij} \sim \mathcal{N}(\mu_{ij}, \sigma), \text{ wobei } \mu_{ij} = \alpha_j - \gamma | \pi_j - \xi_i |$$

Im Vergleich zu anderen Entfaltungsmodellen solcher Skalometerdaten für deutsche Parteien und Politiker (vgl. Shikano u. Käppner 2016) schätzen wir ein sparsames Modell, indem wir uns für die Nähelogik auf eine einzige Dimension beschränken und die Valenzwerte für die Wählerschaft insgesamt und nicht für bestimmte Untergruppen bestimmen. Der Grund dafür ist, dass wir nicht für jede einzelne Wahl ein möglichst realistisches Modell anstreben, sondern ein Modell, das die wesentlichen Gemeinsamkeiten aller Wahlen erfasst.

Wir werden im nächsten Abschnitt prüfen, ob die identifizierten Modellparameter die Wahlabsichten der Befragten und die tatsächlichen Wahlergebnisse robust, ohne große Abweichungen zwischen den Wahlen voraussagen. Bei positivem Befund erhalten die geschätzten Aggregatparameter für Parteien und Kanzlerkandidaten (Links-Rechts-

Positionen, Valenzwerte) einen hohen deskriptiven Wert zur Beschreibung der einzelnen Wahlen im Zeitverlauf. Diese Beschreibung in Abschnitt 3 kann dann mit unserem zeitgeschichtlichen Wissen über die einzelnen Wahlen verglichen werden.

Individuelle Wahlabsichten unter dem Einfluss ideologischer Distanzen und Partei- und Kandidatenvalenzen

Die Entfaltungsanalyse liefert uns für jede Wahl von 1961 bis 2013, ab 1990 getrennt für West- und Ostdeutschland, die zwei Aggregatparameter der ideologischen Positionen der Parteien und Kanzlerkandidaten (π_j) und deren Valenzen (α_j). Dazu kommen die ideologischen Positionen der Befragten (ξ_i). Mit Hilfe der ideologischen Distanz zwischen den Befragten und den einzelnen Parteien und den für eine Wahleinheit konstanten Valenzwerten können wir die Wahlabsicht der Befragten neo-downsianisch erklären. Als neo-downsianisch bezeichnen wir Modelle, die neben Termen für die ideologische oder Politikdistanz zu den Parteien auch Terme für deren Valenzwerte enthalten. Sei U_{ik} der Nutzen des Wählers i von Partei k , postulieren wir eine Zunahme des Nutzens mit der Valenz von k und eine Abnahme des Nutzens mit zunehmender Distanz. Aus den α_j der Entfaltung werden jetzt zwei Variablen, einmal der Valenzwert v_k der Partei, die Wähler i mit seiner Zweitstimme wählen kann, und einmal der Valenzwert w_k des Kanzlerkandidaten der entsprechenden Partei. Für Parteien ohne Kanzlerkandidaten gelte $w_k=0$. Damit nehmen wir der Einfachheit halber im Interesse eines für alle 22 Wahlen geltenden Modells an, dass sich die Valenz der Kanzlerkandidaten nur auf die Wahlabsicht für die eigene Partei auswirkt.

Analog zu den Valenzen sind auch die Distanzen in zwei Variablen zerlegbar: in die ideologische Distanz Wähler-Partei (d_{ik}) und in die ideologische Distanz Wähler-Kanzlerkandidat (f_{ik}), die wieder auf 0 gesetzt wird für Parteien ohne Kanzlerkandidaten. Der Nutzen von i für k werde deshalb Wahl für Wahl wie folgt generiert:

$$(2) U_{ik} = \beta_1 \cdot v_k + \beta_2 \cdot w_k - \beta_3 \cdot d_{ik} - b_4 \cdot f_{ik} + \varepsilon_{ik}$$

Mit Annahme einer Gumbel-Verteilung für die Fehlerterme kann ein konditionales Logit-Modell die Parameter der Nutzengleichung schätzen. Inhaltlich wird dadurch die Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen impliziert.

Damit wir die Parameter der Entfaltungsanalysen sinnvoll zur Beschreibung des Parteiensystems aus Sicht der Wähler und zur Erklärung der Wahlergebnisse nutzen können, müssen wir nachweisen, dass sie über den langen Zeitraum hinweg gleiches bedeuten. Die Entfaltungsanalyse liefert uns Schätzparameter, die für jede einzelne Wahleinheit die eineinhalb Dimensionen Logik anwendet: Die Urteile über die Einstellungsobjekte unterscheiden sich nach der Nähelogik und nach der Valenzlogik. Ob erstere für jede Wahleinheit auf der einen angenommenen Dimension Befragten- und Objektstandpunkte identifiziert, die über die Zeit vergleichbar sind, wissen wir nicht. Da sich die Wahlabsichten auf Parteien beziehen, für die über die Zeit eine gewisse programmatische Stabilität angenommen werden kann, sprechen in Größe und Richtung vergleichbare Einflüsse der geschätzten Werte auf die Wahlabsichten für ihre gleichbleibende Bedeutung über die Zeit.

Allerdings haben sich die Optionen für die Wahlabsichten seit 1961 geändert. Zu den Altparteien CDU/CSU, SPD und FDP traten 1980 die Grünen und 1990 die PDS bzw. später Die Linke als aussichtsreiche Konkurrenten hinzu. Gleichzeitig brachte die Wiedervereinigung eine Zunahme der wahlberechtigten Deutschen um ein Fünftel. Deshalb überprüfen wir die Vergleichbarkeit der Effekte von politischer Nähe zu und Valenz der Parteien und Kanzlerkandidaten für das Drei-, Vier- und Fünfparteiensystem und unterteilen letzteres nach West und Ost. Erst wenn Größe und Richtung der Koeffizienten der diskreten Entscheidungsanalysen in etwa übereinstimmen, ist eine wichtige Vorbedingung für eine sinnvolle Beschreibung des Parteiensystems mit Hilfe unserer geschätzten Parameter erfüllt.

Wie aus Grafik 1 hervorgeht, stimmt die Größenordnung der Koeffizienten

Grafik 1 Erklärung der Wahlabsichten im Drei-, Vier- und west- und ostdeutschen Fünfparteiensystem mit der ideologischen Distanz und den Valenzen der Parteien und Kanzlerkandidaten. (Koeffizienten mit Standardfehlern einer konditionalen Logit-Analyse)



Datenbasis: siehe Anhang

für unsere vier Variablen in ihrem Einfluss auf die Wahlabsichten überein. Außerdem stimmt die Einflussrichtung. Mit größerer ideologischer Distanz zu Partei und Kandidat nimmt die Wahrscheinlichkeit der Wahl der entsprechenden Partei ab und die Valenzen erhöhen diese Wahrscheinlichkeit. Erwartungsgemäß sind die Parteikoeffizienten, die sich auf alle Parteien beziehen, größer als die Kandidatenkoeffizienten, bei denen die kleineren Parteien den Wert 0 haben. Um den Einfluss der unterschiedlichen Befragten-Zahlen in den einzelnen Jahren konstant zu halten, sind die Regressionen entsprechend gewichtet worden.²

Unter den vier Wahlsituationen weicht die Periode des Vierparteiensystems am stärksten von den anderen Wahlsituationen ab. Das hängt damit zusammen, dass hier nur drei Wahlen zusammengefasst wurden, von denen die Wahl 1980 eine besondere Konstellation aufwies. Darauf werden wir noch zurückkommen.

Ansonsten weisen die Pseudo-R² die größten Unterschiede zwischen den Perioden auf. Sie fassen die Erklärungskraft der Modelle in einem Wert zusammen. Dieser Wert ist für das Fünfparteiensystem kleiner als für das

Vier- und das Dreiparteiensystem. Wir werden in Abschnitt 5 sehen, dass auf der Aggregatebene die Fehlprognosen des Wahlergebnisses mit der Zahl der vorauszusagenden Zweitstimmenprozente nicht abnehmen. Es macht einen Unterschied, ob man für einen Befragten voraussagt, welche von drei, vier oder fünf Parteien er wählen wird, oder ob man das Aggregatergebnis als Durchschnitt der für jeden Befragten vorausgesagten drei, vier oder fünf Wahlwahrscheinlichkeiten berechnet. Eine 1-0-Prognose wird mit zunehmender Parteienzahl schwieriger, eine Aggregatprognose als durchschnittlicher Wahrscheinlichkeitswert nicht unbedingt. Die Konfidenzintervalle der Koeffizienten in Grafik 1 sind wegen der größeren Fallzahl der Politbarometer in späteren Perioden erwartungsgemäß kleiner als in früheren Perioden.

Die Ergebnisse des Periodenvergleichs der Wahlabsichten unter dem Einfluss von ideologischer Distanz und Valenz zeigen, dass die getrennt für jede Wahleinheit geschätzten Parameter des eineinhalb Dimensionen Modells gut über die Zeit vergleichbar sind. Sie verändern ihre Wirkung auf die Wahlabsicht nicht, wenn das Parteiensystem durch Eintritt neuer Parteien oder die

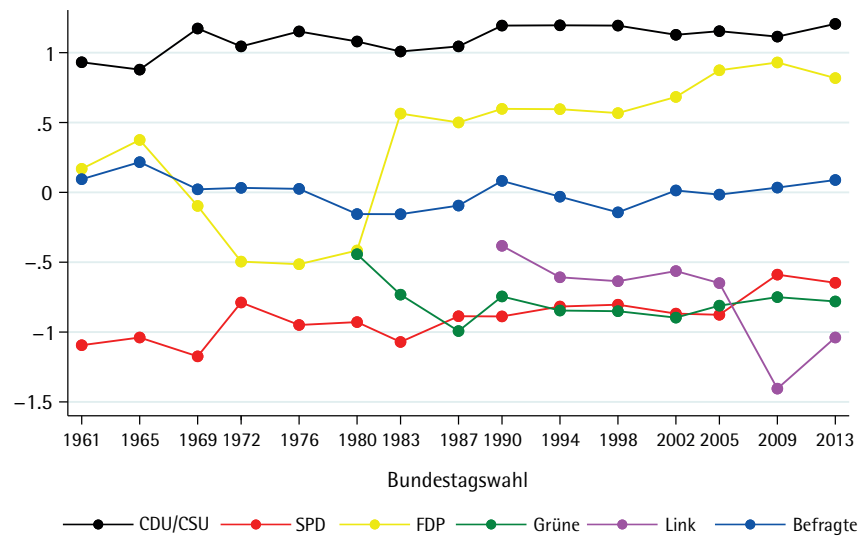
Wählerschaft durch die Wiedervereinigung erweitert wird. Dieses Ergebnis ist nicht selbstverständlich, sondern wird durch die von 1961 bis 2013 gleich bleibende Grundstruktur des Parteienwettbewerbs in Deutschland bewirkt: durch eine rechte und eine linke Ankerpartei für die Wählerurteile, um die sich die kleineren Parteien gruppieren. Wir werden im nächsten Abschnitt dieses Parteiensystem einschließlich der Valenzwerte für Parteien und Kanzlerkandidaten mit den von uns geschätzten Parametern beschreiben.

Ideologische Positionen und Valenzen im Zeitverlauf

Beurteilungen deutscher Parteien und Politiker auf sogenannten Skalometern werden schon lange genutzt, um die Dimensionalität eines Parteiensystems samt Wählerpositionierung mit Hilfe von Faktorenanalysen bzw. multidimensionaler Skalierung (vgl. z.B. Pappi 1973) oder mit Entfaltungsanalysen (vgl. Norpoth 1979) festzustellen. Was in den älteren Analysen fehlt, ist eine eigene Valenzdimension, für die die Nähelogik nicht gilt. Oder, um es mit Groseclose (2007, S. 324) auszudrücken: Der eineinhalb-dimensionale Charakter der Urteile wurde nicht berücksichtigt, nämlich die eine räumliche Dimension, die der Nähelogik folgt, und die halbe Dimension, bei der die Befragten ähnlich beurteilen, wer „besser“ und wer „schlechter“ ist. Wir stellen zuerst unsere Ergebnisse für die räumliche Dimension vor und prüfen, inwieweit sie unserem Vorwissen über die Links-Rechts-Ordnung der deutschen Parteien entspricht und inwieweit diese Ordnung über die Jahre stabil geblieben ist. Danach gehen wir auf die identifizierten Valenzwerte der Parteien und Kanzlerkandidaten ein.

Die ideologische Grundstruktur des Parteiensystems der alten Bundesrepublik mit seiner Fortsetzung in Westdeutschland und Westberlin lässt unschwer eine Links-Rechts-Ordnung erkennen (vgl. Grafik 2). Einer linken Sozialdemokratie mit Werten um -1 steht eine rechte Union mit Werten um +1 gegenüber, während die durchschnittliche Links-Rechts-Einstellung der Wählerschaft leicht um den Wert 0 schwankt. Die größte Abweichung von

Grafik 2 Die Links-Rechts-Position der Parteien und Befragten vor den Bundestagswahlen seit 1961 in Westdeutschland



Datenbasis: siehe Anhang

einer stabilen Links-Rechts-Position weist die FDP auf, die während der sozialliberalen Regierung eine Position links von der Mitte einnimmt und ab 1983 wieder wie 1961 und 1965 eine Position rechts der Mitte. Hier ist daran zu erinnern, dass die Jahreszahlen die Wahlkampfphasen vor der jeweiligen Bundestagswahl angeben. Die linke Positionierung der FDP setzte also 1969 noch zu Zeiten der Großen Koalition von Union und SPD ein.

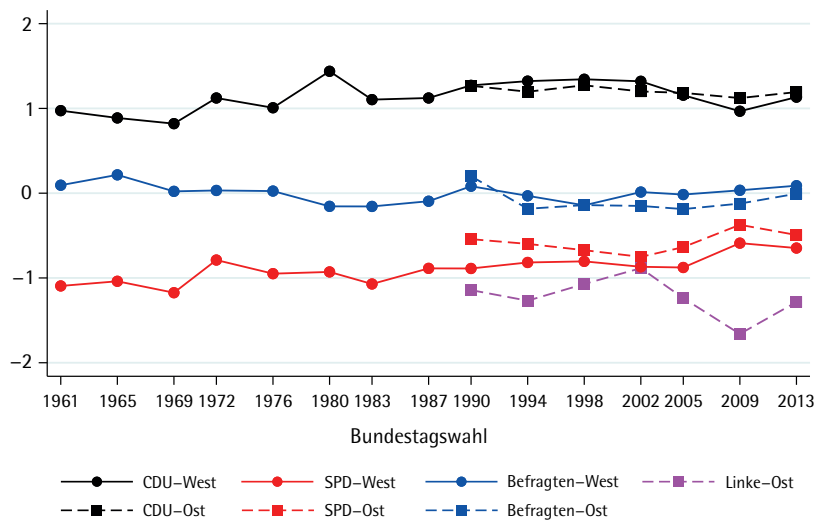
Interessanterweise werden die Grünen vor der ersten Bundestagswahl, an der sie sich beteiligten, fast gleichauf mit der FDP in der moderaten linken Mitte platziert. Erst danach setzt eine Annäherung an die SPD-Positionen ein.

Die Links-Rechts-Position der PDS bzw. seit 2005 der Linken erinnert daran, dass die hier identifizierte ideologische Parteienordnung nicht auf inhaltlichen Kriterien der Wahlprogramme beruht. Sie resultiert allein aus der Nähelogik, für die offensichtlich die beiden großen Parteien die Ankerpunkte bilden. Die kleineren Parteien werden dann je nach ihrer politischen Nähe, die zum Beispiel aus Koalitionen erschlossen wird, in die Nähe der Ankerpartei gerückt. So neigen Befragte, die der SPD nahestehen, dazu, Grüne und Linke ebenfalls positiver zu beurteilen als CDU und FDP, und umgekehrt bauen Unionswähler seit 1983 eine größere Distanz zu den linken Parteien als zur FDP auf. Die großen Parteien behalten dagegen in

den Augen der Wähler auch in Zeiten großer Koalitionen ihren ideologischen Schwerpunkt bei, 1969 bewegten sie sich sogar etwas in entgegengesetzter Richtung, 2009 ganz leicht aufeinander zu. Die im Vergleich zur SPD etwas gemäßigte Position der PDS bis 2002, die aus den Urteilen der westdeutschen Wähler ableitbar ist, ist höchstwahrscheinlich einer gewissen Unkenntnis zu verdanken. PDS/Die Linke sind zwar seit 1990 ununterbrochen im Bundestag vertreten, haben bis 2002 aber nur Zweitstimmenergebnisse um die ein Prozent in den alten Ländern erreicht. Das änderte sich schlagartig 2005 mit der Kandidatur von Mitgliedern der (westdeutschen) WASG auf Landeslisten der „Linkspartei.PDS“, der zwei Jahre später der Zusammenschluss zur Partei „Die Linke“ folgte. Die Platzierung der Linken links von der SPD erkennen seit 2005 auch die Westdeutschen. Seither sind auch die Wahlerfolge in Westdeutschland größer (2005: 4,9%, 2009: 8,3%, 2013: 5,6%); Die Linke ist auch hier in den Kreis der wählbaren Parteien (*choice set* der Wähler) gerückt.

Für die ostdeutschen Wähler war diese Platzierung der PDS links von der SPD von Anfang an klar (vgl. Grafik 3). Dabei tritt die eindeutig linke Position der PDS/Die Linke auch deshalb so klar hervor, weil aus dem Blickwinkel der Ostdeutschen die SPD gemäßiger erscheint als aus dem der Westdeutschen. Für die CDU fallen die

Grafik 3 Die Links-Rechts-Positionen von CDU und SPD in Westdeutschland und in Ostdeutschland und der PDS bzw. Linken in Ostdeutschland.



Datenbasis: siehe Anhang

Unterschiede geringer aus und weichen auch nicht durchgängig in dieselbe Richtung ab. Der Durchschnittswähler in den neuen Ländern ist seit 1994 etwas linker eingestellt als der westdeutsche Wähler. Bei den Platzierungen von FDP und Grünen existieren keine großen Unterschiede zwischen Ost und West (hier nicht gezeigt).

Unser Messmodell gibt nicht nur Auskunft über die Links-Rechts-Position der Parteien, sondern auch über die Links-Rechts-Position der Kanzlerkandidaten (vgl. Grafik 4). Wenig überraschend werden die Kanzlerkandidaten ideologisch ähnlich beurteilt wie ihre Parteien. Dennoch gibt es systematische Muster. So werden Brandt 1969 und Steinmeier 2009 sehr viel weniger links eingestuft als die SPD. Sie amtierten während des Wahlkampfes als Vizekanzler einer großen Koalition, deren Kanzler, Kiesinger 1969 und Merkel 2009, ebenfalls stärker zur Mitte tendierten als andere Kanzler der Union. Sehr viel weiter rechts als die Union wurde ihr Kandidat 1980 eingestuft: Es war Franz Josef Strauß als Parteivorsitzender der CSU. Aber auch sein fünfmaliger Nachfolger Kohl bis 1998 und Stoiber 2002 als Kanzlerkandidaten der Union werden etwas rechter eingeschätzt als ihre Partei. Merkel übernimmt bei ihrer ersten Kandidatur die Position ihrer Partei, um 2009 und 2013 dann moderater eingestuft zu werden. Bei der SPD werden neben den beiden erwähnten Vizekanzlern Brandt 1969

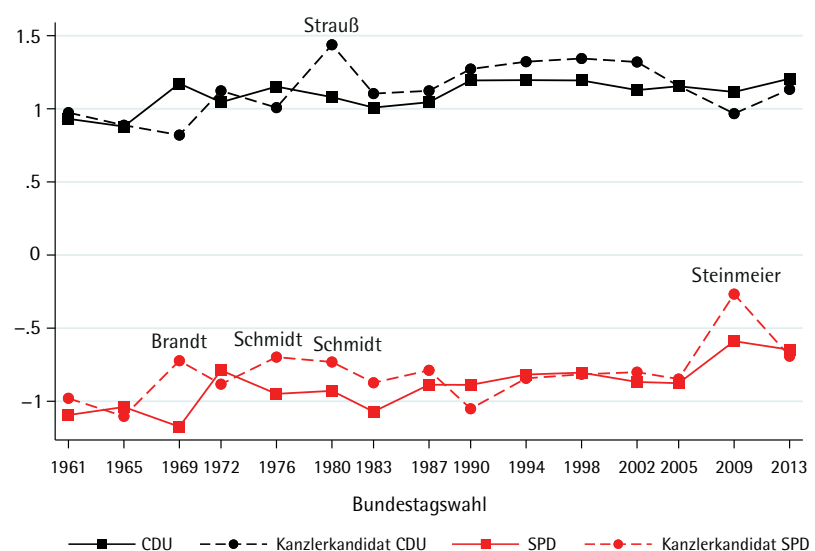
und Steinmeier 2009, Helmut Schmidt 1976 und 1980 merklich moderater und Vogel 1983 bzw. Rau 1987 etwas moderater als ihre Partei eingestuft.

Wir bezeichnen die rechte Einstufung der CDU/CSU und die linke Position der SPD als Anker der stabilen ideologischen Konfliktstruktur des deutschen Parteiensystems. Bei der großen Stabilität der Links-Rechts-Positionen der Parteien und den dementsprechenden Einstellungen der Befragten bleiben als dynamische Komponente, die über Sieg und Niederlagen der Parteien entscheiden, die Valenzwerte. Korreliert man die Zweitstimmenanteile für die 15 Bundes-

tagswahlen in den alten Ländern und die sieben in den neuen Ländern mit der durchschnittlichen Distanz der Befragten zu CDU/CSU und SPD und mit den Valenzwerten für diese zwei Parteien und ihre Kanzlerkandidaten, ergibt sich eine Korrelation von $r = -0.52$ für die Distanz, von $r = 0.78$ für die Parteivalenzen und von $r = 0.57$ für die Valenzwerte ihrer Kanzlerkandidaten. Die Nähe-logik wird also auch für die Aggregatdaten bestätigt: Je größer die Distanz einer Partei zum mittleren Wähler, mit desto geringeren Zweitstimmenergebnissen muss sie rechnen. Wichtiger für den von Wahl zu Wahl wechselnden Erfolg von Parteien ist aber die Valenzlogik. Dabei ist für den Wahlerfolg der großen Parteien mit eigenen Kanzlerkandidaten die Parteivalenz wichtiger als die Valenz ihrer Kanzlerkandidaten. Generell kann man davon ausgehen, dass über die Leistung einzelner Politiker hinaus das Urteil über die Regierungsfähigkeit einer Partei stark vom Eindruck ihrer Geschlossenheit abhängt (vgl. Greene u. Haber 2015). Natürlich werden erfolgreiche Kanzler auch das Ansehen ihrer Partei steigern. Dieser Effekt, den wir nicht separat untersuchen können, ist dann aber bereits in der Parteivalenz enthalten. Für eine darüberhinausgehende, getrennte Wirkung der Kandidatenvalenz auf den Wahlerfolg bleibt nur ein kleinerer Spielraum.

Sieht man sich die Entwicklung der Valenzwerte der großen Parteien und

Grafik 4 Die Links-Rechts-Position der Kanzlerkandidaten im Vergleich zu ihrer Partei in Westdeutschland.

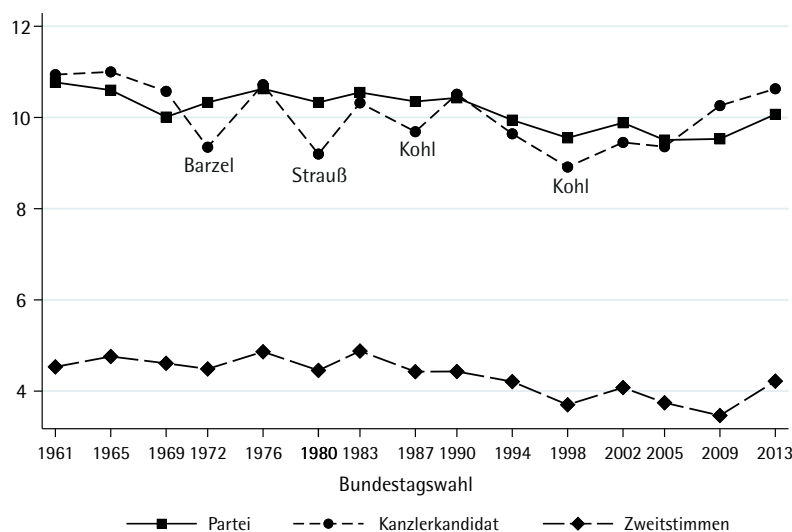


Datenbasis: siehe Anhang

ihrer Kandidaten in Westdeutschland an (vgl. Grafik 5 und 6), zeigen sich besonders ausgeprägt für die Union größere Schwankungen für die Kanzlerkandidaten als für die Partei. Die Kandidaten Barzel im Wahljahr 1972, Strauß 1980 und Kohl 1998 markierten Tiefpunkte der Kandidatenvalenz. Außerdem erreichten nur Adenauer 1961, Erhard 1965, Kiesinger 1969 und Merkel 2009 und 2013 höhere Werte als die CDU. Von den SPD-Kanzlern erreichten Willy Brandt im Jahr 1972, Helmut Schmidt 1980 und Gerhard Schröder 2002 ihr höchstes Ansehen, letzterer jedoch auf niedrigerem Niveau. Amtierende Kanzler erreichen also den Höhepunkt ihres Ansehens frühestens nach ihrer ersten Wahlperiode (Brandt 1972, Schmidt 1976 und 1980, Schröder 2002, Merkel 2009 und 2013). Helmut Kohl stellt die Ausnahme dar, weil er, mit Ausnahme der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990, sowohl 1987, nach seiner ersten vollen Amtszeit, und dann wieder 1994 und 1998 an Ansehen verlor. Für Herausforderer eines amtierenden Kanzlers ist es fast unmöglich, einen höheren Valenzwert als ihre Partei zu erreichen. Die wenigen Fälle gegenläufiger Bewegungen zwischen Partei und ihrem Kandidaten betreffen einmal Rainer Barzel, den kurz vor der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 erfolglosen Initiator eines konstruktiven Misstrauensvotums gegen Willy Brandt sowie Gerhard Schröder, dessen Valenz 2002 im Gegensatz zu derjenigen seiner Partei und zum Zweitstimmenergebnis noch anstieg.

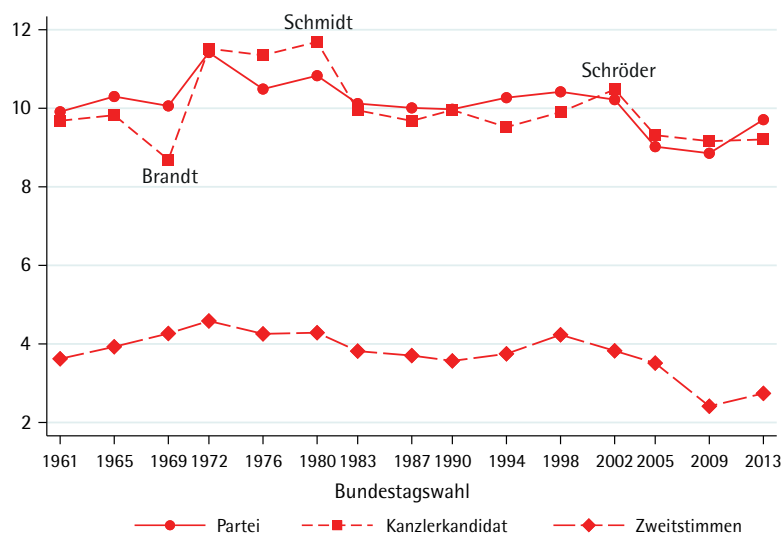
Die Entwicklung der Valenzwerte verläuft in den neuen Ländern parallel zu der Entwicklung in den alten Ländern, nur sind im Osten die Ausschläge stärker. Das spricht für eine gesamtdeutsche Öffentlichkeit bei der Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten, wenn man einmal die verschiedenen politischen Standpunkte der Befragten, also ihre Nähelogik, in Rechnung gestellt hat. Die Grundstruktur des Parteiensystems braucht deshalb also nicht gleich sein. Im Osten hat sich seit der zweiten gesamtdeutschen Wahl 1994 zumindest bis 2013 ein System mit drei großen Parteien durchgesetzt, wie ein Vergleich der Parteivalenzen und Zweitstimmenanteile für CDU, SPD und PDS

Grafik 5 Die Valenzwerte der CDU und ihrer Kanzlerkandidaten im Vergleich zu den Zweitstimmenanteilen (mal 10) in Westdeutschland seit 1961



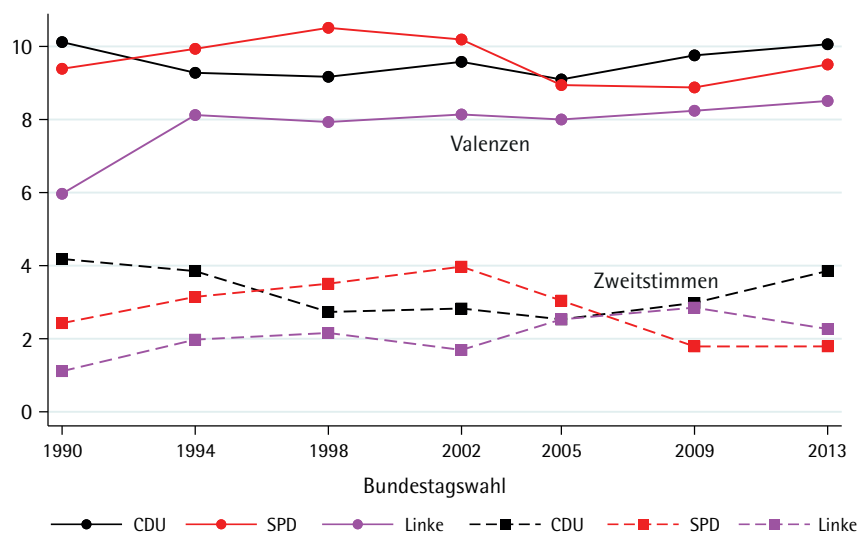
Datenbasis: siehe Anhang

Grafik 6 Die Valenzwerte der SPD und ihrer Kanzlerkandidaten im Vergleich zu den Zweitstimmenanteilen (mal 10) in Westdeutschland seit 1961.



Datenbasis: siehe Anhang

Grafik 7 Parteivalenzen und Zweitstimmenanteile (mal 10) in Ostdeutschland für CDU, SPD und PDS bzw. Linke



Datenbasis: siehe Anhang

bzw. Linke zeigt (vgl. Grafik 7). Auffällig ist dabei nur, dass die Valenzwerte der PDS bzw. Linken von 1994 bis 2013 ziemlich stabil bleiben, im Gegensatz zu den Zweitstimmenanteilen der Partei. 1990 war noch eine Ausnahmewahl gewesen mit einer sehr ungünstigen Startposition für die PDS als Nachfolgerin der SED. Die Valenzwerte für CDU und SPD laufen dagegen parallel zu den Wahlergebnissen, mit einem Aufstieg der SPD bis 1998 bzw. bei den Wahlergebnissen bis 2002, gefolgt von einem Abstieg bis 2009 und entsprechenden Ab- und Aufstiegen der CDU.

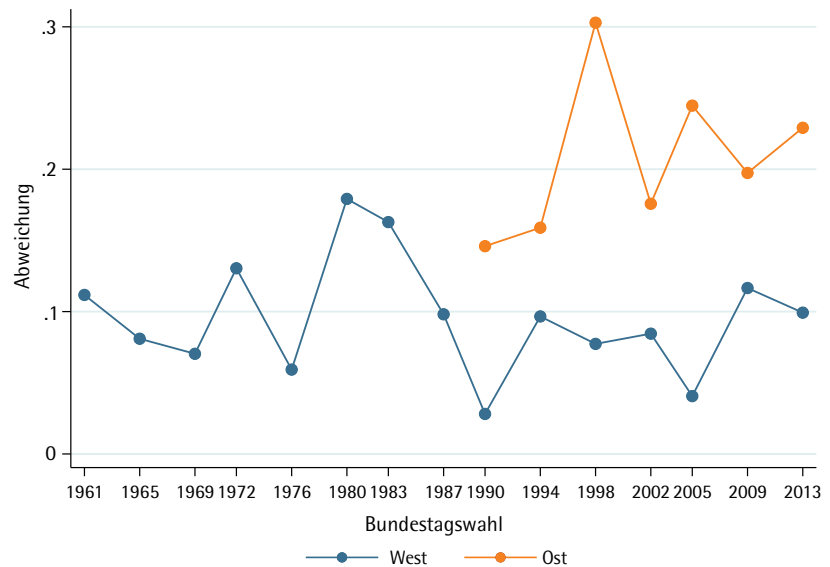
Die Voraussage der Wahlergebnisse mit ideologischen Distanzen zum mittleren Wähler und mit Partei- und Kandidatenvalenzen

In der Umfrageforschung konzentriert man sich auf die Voraussage individuellen Verhaltens. In der Wahlforschung interessiert aber in erster Linie das Ergebnis einer Wahl. So haben zum Beispiel Gschwend und Norpoth (2001, 2017) gezeigt, dass man die Ergebnisse von Bundestagswahlen gut mit den Ergebnissen der drei vorausgegangenen Wahlen als Strukturkomponente und der Kanzlerfrage als unmittelbar vor einer Wahl aus Umfragen abgeleiteten Valenzwert voraussagen kann. Allerdings beschränken sie sich auf die Voraussage des Stimmenanteils der Regierungsparteien und versuchen nicht, die Anteile aller Bundestagsparteien vorauszusagen. Wir werden dagegen, auf Basis von Individualmodellen zur Erklärung der Wahlabsichten für die einzelnen Wahlen, individuelle Wahlwahrscheinlichkeiten für alle Bundestagsparteien berechnen. Die Durchschnitte für die einzelnen Parteien verwenden wir dann als Voraussagewert für das Wahlergebnis im Aggregat. Dabei wird natürlich vorausgesetzt, dass die Umfragen repräsentativ für die jeweilige Wählerschaft sind. In Grafik 8 sind die Abweichungen dieser Prognosen vom tatsächlichen Zweitstimmenergebnis (Dissimilaritätsindizes) dargestellt. Diese Abweichungen schwanken in Westdeutschland um die zehn Prozentpunkte und sie sind interessanterweise seit 1994 eher kleiner

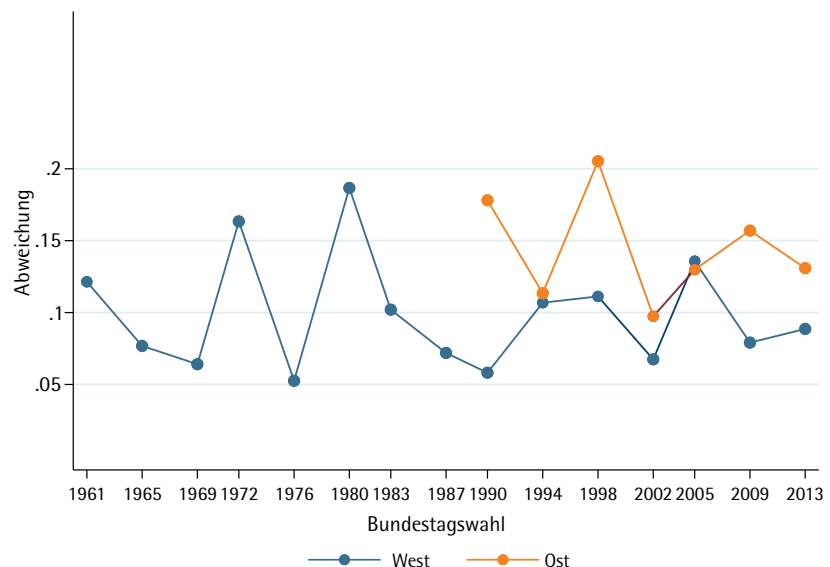
als bei früheren Wahlen. In Ostdeutschland treffen die vorausgesagten Werte die tatsächlichen Ergebnisse durchweg sehr viel weniger gut. Da die Abweichungen bei den Antworten auf die einfache Wahlabsichtsfrage zwischen West- und Ostdeutschland ähnlicher sind (vgl. Grafik 9), ist zu vermuten, dass unser Messmodell die Verhältnisse in Ostdeutschland schlechter abbildet als im Westen. Das könnte zum einen an unserer Entscheidung liegen, nur eine ideologische Dimension aus den Skalometern zu extrahieren, oder zum anderen an der Annahme einer Öffentlichkeit, die in ihren Urteilen über die Partei- und Kandidatenvalenzen mehr oder weniger übereinstimmt. Bei der

Besprechung von Grafik 7 haben wir bereits darauf hingewiesen, dass der Valenzwert für die PDS bzw. Die Linke im Osten das Auf und Ab dieser Partei bei den Wahlergebnissen nicht gut abbildet. Deshalb könnte unser Messmodell vielleicht mehr durch die Annahme unterschiedlicher Teilöffentlichkeiten als durch eine Erweiterung der ideologischen Dimensionen verbessert werden. Wir haben die ost- und westdeutsche Wählerschaft als jeweils eigene Öffentlichkeiten behandelt, indem wir alle Parameter separat für Ost- und Westdeutschland berechnet haben. Damit lassen sich aber die größeren Abweichungen von Voraussage und tatsächlichem Wahlergebnis im

Grafik 8 Abweichung zwischen vorausgesagten und tatsächlichen Wahlergebnissen in West- und Ostdeutschland



Grafik 9 Abweichung zwischen Wahlabsichtsanteilen und tatsächlichen Wahlergebnissen in West- und Ostdeutschland



Osten nicht erklären. Wenn wir hier von Teilöffentlichkeiten sprechen, meinen wir Teile der Wählerschaft, die in Kommunikationsumwelten leben, die vom vorherrschenden Meinungsklima abweichen. Das könnte eine eigene Untersuchung wert sein.

Ein ganz einfacher Grund für die schlechteren Wahlprognosen in Ostdeutschland hängt sicher mit der Art des dortigen Parteiensystems zusammen. In Ostdeutschland erreichte die Summe der Stimmenanteile von CDU und SPD wegen der starken PDS bzw. Linken nie die hohen Werte wie in Westdeutschland. Wenn aber die beiden Parteien, die überhaupt aussichtsreiche Kanzlerkandidaten aufstellen, ihre Stimmenführerschaft bei Wahlen nicht überzeugend nachweisen, wird auch die Erklärungskraft unseres Wahlmodells geschwächt, das bei den Politikern nur auf die Kanzlerkandidaten setzt. Eine einfache Modellerweiterung um die Spitzenpolitiker der kleineren Parteien wäre eventuell eine Lösung. Sie würde aber die herausgehobene Stellung von CDU/CSU und SPD als einzig aussichtsreiche Führer einer künftigen Regierungskoalition verfehlen. Diese herausgehobene Stellung hängt von der Stimmenführerschaft bei den Zweitstimmen und von der Fähigkeit ab, Direktmandate zu gewinnen. Dazu kommen dann die politische Profilierung der Kanzlerkandidaten und ihre Reputation beim Wähler. Welche Bedeutung diese beiden Faktoren für den Wahlerfolg ihrer Parteien haben, können wir mit Hilfe von Simulationen auf Basis unseres individuellen Wahlmodells beantworten.

Dazu nehmen wir als Normalfall an, dass die Kanzlerkandidaten dieselbe ideologische Position auf der Links-Rechts-Dimension und denselben Valenzwert wie ihre Partei haben. Prognosen des Wahlergebnisses mit diesen kontrafaktischen Werten vergleichen wir mit Prognosen auf Basis der tatsächlichen Werte. So können wir feststellen, wie viele Prozentpunkte eine Partei einem Kanzlerkandidaten verdankt, der zum Beispiel näher am mittleren Wähler ist als seine Partei und auch noch einen höheren Valenzwert hat. Die Wahlfunktion selbst mit den Effektkoeffizienten für die jeweilige

Wahl bleibt unverändert.

Paradigmatisch seien zwei Wahlen für Westdeutschland herausgegriffen, für die einmal eine ausgeglichene Situation für CDU und SPD und einmal eine günstige Situation für den SPD-Kanzler und eine ungünstige Situation für den CDU-Herausforderer bestand. Der erste Fall war 2009 gegeben: Merkel und Steinbrück wurden beide näher am mittleren Wähler wahrgenommen als ihre Parteien und beide hatten im Vergleich zu ihren Parteien höhere Valenzwerte (siehe Grafiken 4 bis 6). Der zweite Fall war 1980 gegeben: Kanzler Helmut Schmidt war sowohl hinsichtlich der Distanz als auch der Valenz in einer günstigen Position und sein Herausforderer Franz Josef Strauß wurde von allen Kanzlerkandidaten der Union am weitesten rechts eingestuft und auch sein Valenzwert lag weit unter dem seiner Partei. Vergleicht man nun für den ersten Fall die beiden Prognosen – auf Basis der tatsächlichen Werte und auf Basis der kontrafaktischen Werte – verändern sich die Anteile der fünf Parteien erst an der dritten Stelle nach dem Komma. Die Ausgeglichenheit der Vorteile minimiert den Einfluss der Kandidaten auf den Wahlerfolg auf wenige Zehntelprozentpunkte. Dagegen führte die Unausgeglichenheit der Wahlkampf-situation zwischen Schmidt und Strauß doch zu größeren Abweichungen (vgl. Grafik 8 zu den aufsummierten Abweichungen für alle Parteien). CDU/CSU hätten 1980 mit einem Kandidaten, der wenigstens die Parteiwerte erreicht, ein um 2,5 Prozentpunkte besseres Ergebnis erreichen können. Umgekehrt konnte die SPD ein um 2,5 Prozentpunkte besseres Resultat mit den tatsächlichen Schmidt-Werten erzielen als mit einem Normalkandidaten, der nur die Parteiwerte erreicht.

Ein Kanzlerkandidaten-Bonus setzt sich analytisch aus drei Komponenten zusammen: aus der Attraktion der Aufmerksamkeit für eine Partei, die glaubhaft Kanzlerkandidaten aufstellt, aus der Ausstrahlung von Profil und Reputation des Kandidaten auf seine Partei und aus dem direkten Effekt des Kandidaten auf den Wahlerfolg seiner Partei. Nur diesen letzteren Einfluss haben wir hier erfasst. Er scheint in extrem unausgebalancierten Situationen

wie 1980 eine größere Wirkung von bis zu 2,5 Prozentpunkten zu erreichen. Im Normalfall einer geringen ideologischen Abweichung zwischen Kandidat und Partei und bescheidenen Differenzen in den Valenzwerten, sind die Abweichungen zwischen den beiden Prognosen äußerst gering. A fortiori wird das dann für die Spitzenkandidaten der kleineren Parteien gelten. Immerhin stehen die Kanzlerkandidaten der beiden großen Parteien mehr im Rampenlicht als die Parteiführer kleinerer Parteien. Den gegenseitigen Einfluss von Partei und Kandidat konnten wir mit unserem Messmodell nicht erfassen, da die Parameter für beide gleichzeitig aus den Wählerbeurteilungen extrahiert wurden. Wenn es für das Ansehen der Partei auf den Eindruck der Geschlossenheit ankommt, den sie dem Wähler vermittelt, weist das über die Bedeutung einzelner Spitzenkandidaten hinaus.

Schlussfolgerungen

Wir haben mit einem einfachen Messmodell die ideologische Grundstruktur und die Valenzwerte der Parteien und Kanzlerkandidaten über 53 Jahre von 1961 bis 2013 untersucht. Unser Modell hat sich für Westdeutschland sehr gut bewährt und für Ostdeutschland mit Einschränkungen. Das deutsche Parteiensystem ist durch eine stabile Grundstruktur gekennzeichnet, in der sich zwei Blöcke gegenüberstehen: ein rechter konservativer Block unter Unionsführung und ein linker Block unter SPD-Führung. Die Grundstruktur ist allein aus Wählerbeurteilungen der Parteien und Kanzlerkandidaten abgeleitet, ihre inhaltliche Interpretation als ideologisch-politischer Gegensatz liegt nahe, bedarf aber für die einzelnen Wahlen noch einer Bestätigung durch die kontroversen Wahlkampfthemen. Diese Grundstruktur blieb selbst nach Legislaturperioden bestehen, in denen Union und SPD eine große Koalition bildeten. Das dynamische Element des Parteienwettbewerbs wird durch die Parteivalenzen bestimmt, unter denen man wohl in erster Linie Urteile über die Regierungsfähigkeit verstehen kann. Die Kanzlerkandidaten sind demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Bei erfolgreicher Regierungsführung genießen wieder kandidierende Kanzler höchstens nach ihrer ersten Legislaturperiode persönliches Ansehen, das

die Valenzwerte ihrer Partei übertrifft. Die Herausforderer müssen sich damit begnügen, höchstens den Valenzwert ihrer Partei zu erreichen. Schneiden sie schlechter ab als ihre Partei und übertrifft der amtierende Kanzler seine Partei und liegt er auch noch näher am mittleren Wähler, so kann sich dies in einem Plus von etwa zwei Prozentpunkten für die Kanzlerpartei und einem entsprechenden Minus für die Herausforderer-Partei bei den Zweitstimmen auswirken. Kanzlerboni in diesem Umfang waren in der Vergangenheit aber eher selten.

Die Personalisierung des Wahlkampfes in ihrer Wirkung auf das Wählerverhalten wird für das parlamentarische System der Bundesrepublik häufig überschätzt. Zu diesem Ergebnis kam auch Brettschneider (2002) mit einem anderen Untersuchungsansatz: „Die ‚Personalisierung des Wählerverhaltens‘ ist ein Phantom“ (S. 206). Was allerdings weiterer Untersuchungen bedarf, ist das Zusammenwirken von Spitzenpolitikern und Partei, das die Öffentlichkeit von ihrer gemeinsamen Regierungsfähigkeit überzeugt. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 stellt eine Herausforderung für unser einfaches Entfaltungsmodell mit der Annahme einer einzigen ideologischen Dimension und generischen Valenzen dar, über die annahmegemäß ein hohes Maß an Konsens herrscht. 2017 ist der Zweitstimmenanteil von CDU/CSU und SPD gegenüber dem bisherigen Tiefpunkt bei der 2009er Wahl noch einmal um 3,3 Prozentpunkte auf 53,5 Prozent zurückgegangen, was der Erklärungskraft unseres Modells nicht förderlich sein dürfte. Statt die Lösung in der Einführung einer zweiten ideologischen Dimension zu suchen, scheint uns der Weg über die Annahme von Teilöffentlichkeiten bei der Valenzeinschätzung aussichtsreicher zu sein.

Literatur

- Brettschneider, Frank. 2002. Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Greene, Zachary David und Matthias Haber. 2015. „The consequences of appearing divided: An analysis of party evaluations and vote choice.“ *Electoral Studies* 37:15-27.
- Groseclose, Tim. 2007. „One and a half dimensional‘ preferences and majority rule.“ *Social Choice and Welfare* 28:321-335.
- Gschwend, Thomas and Helmut Norpoth. 2001. „Wenn am nächsten Sonntag...“ Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen.“ In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*, eds. Hans-Dieter Klingemann and Max Kaase. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gschwend, Thomas and H. Norpoth. 2017. „Machtwechsel in Sicht? Die Vorhersage des Kanzlermodells für die Bundestagswahl 2017.“ *Politische Vierteljahresschrift (PVS)* 58(3):392-406.
- Norpoth, Helmut. 1979. „Parties come to order! Dimensions of preferential choice in the West German electorate, 1961 - 1976.“ *American Political Science Review* 73(3):724-736.
- Pappi, Franz Urban. 1973. „Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik.“ *Politische Vierteljahresschrift* 14:191-213.
- Shikano, Susumu and Konstantin Kappner. 2016. „Valenz im ideologischen Parteienwettbewerb während des Bundestagswahlkampfes 2013.“ In *Wahlen und Wähler*, eds. Harald Schön and Bernahrd Weßels. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- 1 1961 sollten die Politiker, im Gegensatz zu den Parteien, noch nach der Sympathie beurteilt werden. Bereits 1965 haben Max Kaase und Rudolf Wildenmann (ZA-0556; vgl. Anhang) die Politikerfrage an die Parteienfrage angepasst. 1969 haben Hans-Dieter Klingemann und Franz Urban Pappi (ZA-0426, vgl. Anhang) nur für die Parteien die Skalometerfrage gestellt. Deshalb haben wir einen Ersatzindex aus den Antworten auf die offenen Fragen nach Politikern, die ihrer Aufgabe gewachsen sind, und Politikern, die am sympathischsten sind, gebildet: bei beiden Kriterien genannt = 4 Punkte, nur bei Kompetenz genannt = 3 Punkte, nur bei Sympathie genannt = 2 Punkte, gar nicht genannt = 1 Punkt. Diese Skala wurde dann von 1 bis 4 auf 1 bis 11 linear umskaliert.
- 2 Wir verwenden als Gewicht $1/n$, wobei n für die Zahl der Befragten bei einer Wahlseinheit steht, die bei der Wahlabsichtsfrage für die Zweitstimme eine der 3, 4 oder 5 Parteien genannt haben.
- Franz Urban Pappi
Franz.Pappi@mzes.uni-mannheim.de
- Anna-Sophie Kurella
anna.kurella@mzes.uni-mannheim.de
- Thomas Bräuninger
thomas.braeuninger@uni-mannheim.de
- doi: 10.15464/isi.60.2018.20-28

Anhang: Dokumentation der verwendeten Umfragen

Bundestagswahl	GESIS-Datenarchiv-Studiennummer	Monate
1961	ZA0055 (Juli); ZA0056 (September)	Juli, September
1965	ZA0556	
1969	ZA0426	
1972	ZA0635	Erste Welle
1976	ZA0823	Erste Welle
1980	ZA1053	Juli, September
1983	ZA2209	Januar, Februar
1987	ZA1536	November 1986, Dezember 1986, Januar 1987
1990	ZA1920(West); ZA1987(Ost)	Oktober, November (für West und Ost)
1994	ZA2546(West); ZA2559(Ost)	Juli, August, September
1998	ZA3160	Juli, August, September (Woche 36, 37 und 38)
2002	ZA3849(West); ZA3850(Ost)	Für West und Ost: Juli, August, September, Blitzumfrage vor BTW
2005	ZA4259(West); ZA4258 (Ost)	Für West und Ost: Kalenderwoche 29-36
2009	ZA5432(West); ZA5431(Ost)	Für West und Ost: Kalenderwoche 32-38 (August, September)
2013	ZA5677	Kalenderwoche 32-37